



Haushaltsrede 2026

09.02.2026

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,
in diesem Jahr hält die Fraktion „Frauen in den Kreistag“ eine kurze Haushaltsrede. Es ist nicht die Zeit finanzielle Wünsche zu äußern und über Einsparungen in 2026 haben wir bereits gesprochen.

So werden wir für 2026 auch keine haushaltsrelevanten Anträge stellen, denn unsere Haushaltslage ist so angespannt wie das Weltgeschehen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der Stagnation. In den Bereichen der Pflege, Gesundheit, dem Handwerk, Bauwesen, der Bildung und IT fehlen hunderttausende Arbeitskräfte.

Die Energiewende bleibt ein umstrittenes innenpolitisches Thema. Deutschland hat sich ambitionierte Klimaziele gesetzt. Dennoch wird die Energiewende zunehmend als soziales und politisches Konfliktthema wahrgenommen, nicht als dringende ökologische Notwendigkeit.

Die politische Debatte ist nicht mehr von Logik und Machbarem geprägt sondern wird von den verschiedensten Kräften polarisiert.

Aufgrund nicht mehr geltender Verträge, die in den letzten 70 Jahren unseren Frieden gesichert haben, muss Deutschland seine Verteidigungsausgaben massiv erhöhen und dabei die Bundeswehr erneuern. Anhaltend sind Kritik an Ausrüstung, Bürokratie und Einsatzbereitschaft.

Im Inneren sorgen Extremismus, Cyberangriffe und Desinformation für wachsende Besorgnis.

Die innenpolitischen Herausforderungen des Jahres 2026 sind kein vorübergehendes Phänomen, sondern Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels, der mutige und langfristige Antworten erfordert.

Die Balance zwischen Sparen und Investieren ist zu einem Drahtseilakt geworden so auch in unserem schönen Landkreis.

Schauen wir unseren Haushalt an und was er für den Landkreis und seine Kommunen bedeutet, könnte man die Haushaltsrede mit düsteren Worten fortschreiben.

Stattdessen möchten wir lieber drei Ereignisse hervorheben, die uns durchaus Hoffnung für die Zukunft machen.

1. Wir haben uns mutig für den Erhalt der Geriatrie in Horb entschieden, eine Entscheidung für unsere älteren MitbürgerInnen, denen wir alle so viel zu verdanken haben.

2. Unser Haushalt 2025 wurde genehmigt. Diese Hängepartie des letzten Jahres ist Geschichte und auch für 2026 sieht es so aus, als würden wir mit unseren Einsparbemühungen die Genehmigung erhalten.

3. Wir haben einen neuen Landrat mit Ideen, guter Vernetzung und sozialer Priorisierung. Mit ihm gemeinsam haben wir die Hoffnung, das Schiff mit Zuversicht durch die finanziellen Stürme zu lenken.

Ein großer Sturm dabei löst in unserem Haushalt die mangelnde Finanzierung der Aufgaben für den Kreis und die Kommunen durch Bund und Land aus. Wir beanstandeten das alle bislang ohne nennenswerten Erfolg. Die Tragödie zeigt sich seit Jahren ganz besonders bei unserem Krankenhaus. Im laufenden Betrieb haben wir jährliche Kostenunterdeckungen im Millionenbereich. Das schlägt sich dramatisch in der Kreisumlage nieder.

Und doch ist es unsere Aufgabe und Pflicht, die flächendeckende, medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Wir sind auf erste Ergebnisse des seit über einem Jahr tätigen externen Beraters in Richtung Einsparungen sehr gespannt.

In einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) aus Mannheim und des Münchner Ifo-Instituts heißt es: Durch die Abwanderung von Pflegekräften ist die Sterblichkeit in deutschen Krankenhäusern an der Schweizer Grenze um 4,4 Prozent gestiegen.

Der Pflegekräftemangel wirkt sich demnach vor allem auf ältere Patienten sowie Notfälle aus. Bei ihnen habe sich die Sterberate erhöht.

Schon jetzt sind bundesweit 300.000 ausländische Pflegekräfte unverzichtbar, um das Gesundheitssystem einigermaßen funktionsfähig zu halten. Politisch rechte Kräfte möchten diese Fachkräfte in ihre Herkunftsländer zurückführen und andere berufstätige Frauen wieder in unbezahlte Care-Arbeit zu Hause drängen. Damit würde nicht nur die mühsam erkämpfte Gleichstellung von Frauen und Männern massiv zurückgeworfen, die das GG Art. 3 fordert sondern der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes erheblich geschadet.

Bei den zur Zeit steigenden Arbeitslosenzahlen sind aber insbesondere Frauen betroffen, da vor allem Kündigungen in frauendominierten Branchen ausgesprochen werden. Und obwohl viele Frauen hochqualifiziert sind, arbeiten die Hälfte aller 20- bis 64-jährigen Frauen in Teilzeit. Auch hier ist aus gleichstellungspolitischer als auch wirtschaftlicher Sicht die Erwerbsbeteiligung von Frauen in zukunftsfähigen Branchen dringend zu erhöhen. Damit würde nachhaltig unser Sozialhaushalt entlastet, weil wir Aufstockung und Altersarmut vorbeugen.

Wer also das Aufgabenspektrum der Gleichstellungsbeauftragten kennt, versteht, dass gerade sie in allen Themen um die Chancengleichheit und Berufstätigkeit sowie zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Förderung von Frauen in Führungspositionen genau die professionelle Unterstützung ist.

Geschlechtergerechtigkeit entsteht nicht von allein. Sie braucht Menschen, die sie verteidigen und Strukturen, die sie institutionell absichern. Deshalb fordern wir den Landkreis auf, sich den Bestrebungen des Landkreistages B.-W., die verpflichtenden Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen, entschieden entgegenzustellen - nicht nur aus

wirtschaftlichen Gründen, auch im Interesse der Demokratie.

So weisen uns auch die ständigen Ermahnungen Einsparungen an den Sozialkosten vorzunehmen den falschen Weg. Sind sie doch über die letzten Jahrzehnte im Verhältnis (Statista) zum Bruttosozialprodukt gar nicht gestiegen. Wie so oft werden die Ärmsten der Armen mit solchen empathielosen Diskussionen durch die Arena getrieben.

Wenn sich der Staat allerdings arm regiert, werden wir uns bald nichts mehr leisten können. Selbst die Wirtschaftswaisen fordern höhere Steuern für Vermögende.

Dabei wird es immer wichtiger und dringlicher in unsere Jugend zu investieren.

Im Herbst letzten Jahres schrieb die Presse ausführlich über die psychischen Belastungen an Schulen. Durch die Sorgen um die globalen Krisen (Klima/Wirtschaft/Kriege/Terrorismus) sowie Mobbing im Schulalltag nehmen psychische Belastungen bei SchülerInnen spürbar zu. Ohne den Ausbau von Schulsozialarbeit und Präventivmaßnahmen ist diese negative Entwicklung nicht abzufangen.

Wir müssen bedenken:

- Gut geförderte Kinder werden zu produktiven Erwachsenen, was volkswirtschaftlichen Nutzen bringt. Investitionen in Bildung und psychische Gesundheit sind keine Belastung sondern Investitionen in die Zukunft.
- Frühzeitige Förderung beugt späterer Armut, sozialer Ausgrenzung, Obdachlosigkeit vor und hilft hohe Sozialkosten langfristig zu verringern, bedeutet also Prävention.
- Soziale Gerechtigkeit gewährleistet Chancengleichheit, verringert Kriminalität und sichert Grundrechte.

Sozialausgaben sind also oft „versteckte“ Investitionen, die sich erst langfristig auszahlen. Es braucht derzeit mehr statt weniger Unterstützung in Familien, Kitas und Schulen!

Laut den Zahlen des Flüchtlingshilfswerks UNHCR waren im April 25 weltweit über 122 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Kriegen, Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen fliehen müssen, war noch nie so hoch wie heute.

Ein kleiner Teil dieser Menschen kommt in unserem Landkreis an.

Wenn wir uns auf die Integrationsfelder Sprachförderung, berufliche Eingliederung, Bildungskoordination, soziale Betreuung konzentrieren, so beschert uns dies langfristig SteuerzahlerInnen, die den Sozialhaushalt entlasten und unsere Gesellschaft weiterentwickeln. Eine Kürzung der Sprachförderung hat fatale Folgen – auch für unseren explodierenden Sozialhaushalt.

2025 war das teuerste Jahr für Versicherer mit weltweiten versicherten Schäden von über 100 Milliarden US-Dollar durch Naturkatastrophen. Auch wir sind immer mehr von Naturkatastrophen und damit Schäden betroffen, die unsere Finanzen schmälern. In diesem Jahr wird der Teilregionalplan Wind im Regionalverband Nordschwarzwald beschlossen. Wir hoffen, dass wir durch die erneuerbaren Energien einen kleinen Beitrag in unserem Landkreis liefern, klimaneutraler zu werden, Schäden durch Extremwetter zu vermindern und Artensterben eher zu verhindern als zu befeuern.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann durch Investitionen in grüne Technologien und Ressourceneffizienz geschehen, ist nicht nur Umweltschutz sondern kann auch Wachstumsmotor sein.

Zu guter Letzt möchten wir noch erwähnen, dass wir alle beschlossenen Einsparungen mittragen und uns von der Digitalisierung weiteres Einsparpotenzial erhoffen. Wir wünschen uns von der Politik im Bund keine unnötigen Stadtbild- und Töchter-Diskussionen sondern Antworten auf die drängenden Fragen sowie Struktur und Orientierung, damit Kommunen und Landkreise zielgerichteter steuern können. Gerade ist die Konzentration auf die Aufgaben vor Ort sehr anstrengend.

Am Ende erinnern wir noch an die gestellten und bisher nicht bearbeiteten oder nicht beschlossenen Anträge. Diese haben wir Ende November 2025 dem Landratsamt erneut vorgelegt.

Wir danken der Verwaltung und dem Landrat für die gute Zusammenarbeit.

Tina Sillmann

Christina Nuss

Uta Schumacher

für die Fraktion „Frauen in den Kreistag“